

## **ZUR SITUATION IN DER TÜRKEI**

1. Der gescheiterte Militärputsch vom 15. Juli 2016 war für die türkische Gesellschaft zutiefst traumatisch; die EGP bekräftigt ihre ausdrückliche Ablehnung aller Versuche, eine gewählte Regierung mit Gewalt zu stürzen, und drückt ihre Solidarität mit allen Opfern aus. Insbesondere waren wir bestürzt über den Verlust von Menschenleben, den Angriff auf das Parlament und die Tatsache, dass einige Militärs ihre Waffen gegen ihr Volk richteten. Wir waren von der Ablehnung der militärischen Herrschaft durch den Großteil der türkischen Gesellschaft beeindruckt.

2. Die Europäische Grüne Partei und ihre Mitglieder sprechen sich vehement dafür aus, dass alle Länder, einschließlich der Türkei, alle relevanten Bedingungen und Verpflichtungen<sup>1</sup>, insbesondere die Kopenhagener Kriterien, erfüllen müssen, um Teil der europäischen Familie zu sein. Wir unterstützen seit vielen Jahren alle Anstrengungen zur Umsetzung adäquater demokratischer institutioneller und legislativer Reformen und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. In der Tat wird von der Türkei als Beitrittskandidat und als Mitglied des Europarats seit 1950 erwartet, dass sie die höchsten Standards der Demokratie einhält, darunter die Nichteinführung der Todesstrafe, die Achtung der Menschenrechte, die Rechtsstaatlichkeit, die Grundfreiheiten sowie das universelle Recht auf einen fairen Prozess.

3. Deshalb haben wir bereits vor dem Putschversuch die anhaltende Unterdrückung von kritischen Stimmen, JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, politischen und sozialen AktivistInnen sowie ihren gesetzlichen Vertreterinnen und Vertretern in der Türkei entschieden verurteilt und unsere Besorgnis über die zunehmende Spaltung und Polarisierung der türkischen Gesellschaft zum Ausdruck gebracht. Wir haben die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgefordert, angesichts dieser offensichtlichen Untergrabung des demokratischen Systems in der Türkei nicht zu schweigen. Wir haben Besuche in die Türkei unterstützt, um den Betroffenen unsere Solidarität und Unterstützung zu zeigen. Darüber hinaus haben wir unsere Verurteilung aller Terrorakte wiederholt zum Ausdruck gebracht.

4. Nach dem Putschversuch wurde der Ausnahmezustand schnell zu einem Instrument für äußerst umfangreiche und unverhältnismäßige Repressionen – nicht nur gegen die Befürworterinnen und Befürworter des Putschversuchs, sondern unterschiedslos gegen alle kritischen Stimmen. Dies ging Hand in Hand mit der wiederholten Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe im Zuge der Aussetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Bombardierungen, Sperrstunden und die anhaltend gewaltsamen Konflikte in vorwiegend kurdischen Städten im Südosten, die auf die plötzliche Aussetzung des Friedensprozesses seitens der türkischen Regierung im April 2015 folgten, führten zu zahlreichen zivilen und militärischen Opfern sowie der Verhaftung von 110 direkt gewählten BürgermeisterInnen in dieser Region, einschließlich des Bürgermeisters von Diyarbakir. Dies hat auch zu Spannungen innerhalb der türkischen und kurdischen Gemeinschaften in anderen europäischen Ländern geführt.

5. Während eines im November 2016 im Europäischen Parlament von der Grünen- / EFA-Fraktion organisierten Besuchs in der Türkei war es möglich,

---

<sup>1</sup> einschließlich des Ankara-Protokolls

Regierungsbeamtinnen und -beamte, VertreterInnen aller im Parlament vertretenen politischen Parteien und der EU-Delegation in der Türkei zu treffen und Informationen aus erster Hand über die äußerst gefährliche Situation so vieler PolitikerInnen, Gewerkschaftsmitglieder, WissenschaftlerInnen, RichterInnen, Anwältinnen und Anwälte, JournalistInnen, SchriftstellerInnen, Fernsehsender, Radiosender, Vertreterinnen und Vertreter von Minderheiten und NROs, die benachteiligte soziale Gruppen und Flüchtlinge unterstützen, zu erhalten. Repressive Maßnahmen gegen die angeblichen AnstifterInnen entwickelten sich schnell zu massiven willkürlichen rücksichtslosen Maßnahmen gegen Hunderttausende von Individuen, deren Tempo und Intensität viele Bürger und Beobachter überrascht hat.

6. Die jüngste Verhaftung der beiden Ko-Vorsitzenden der HDP, Selahattin Demirtas und Figen Yükseska, sowie von zehn weiteren Mitgliedern der Großen Nationalversammlung untermauern die neue und sehr alarmierende Ausbreitung eines bereits extrem repressiven Umfeldes, in dem die Stimmen des Friedens und der Mäßigung zum Schweigen gebracht werden. Wir begrüßen, dass die HDP viele progressive Kräfte in der Türkei repräsentiert und eine starke Unterstützung von den kurdischen und Roma-Gemeinschaften, LGBTIQs und anderen Minderheiten erfährt.

7. Insbesondere wurden nach dem Putschversuch rund 150 JournalistInnen – die höchste Zahl weltweit –, 2.386 RichterInnen und StaatsanwältInnen sowie 40.000 Personen festgenommen, von denen mehr als 31.000 noch immer inhaftiert sind, und 129.000 öffentliche Angestellte entweder suspendiert (66.000) oder entlassen (63.000). In vielen Fällen wurden das Eigentum und die Bankkonten der Betroffenen ohne Erklärung beschlagnahmt. Nach jahrelangen kontinuierlichen Fortschritten berichten verschiedene Quellen kontinuierlich über die massive Rückkehr von Foltermaßnahmen in Gefängnissen und die schlechte Behandlung der Gefangenen, die oftmals ohne Anklage festgehalten werden. Darüber hinaus sind auch diese Zahlen nicht mehr sicher, da es – wie von VertreterInnen der Zivilgesellschaft während des Besuchs der Grünen in der Türkei wiederholt geäußert – oft nicht mehr möglich ist, auf Daten zuzugreifen und – selbst wenn Daten vorhanden sind – die verfügbaren Informationen zu verbreiten. Darüber hinaus verstärken die jüngsten Aussagen des türkischen Premierministers über die Grenzen der Türkei und des Vertrags von Lausanne die Spannungen mit den Nachbarländern.

8. Wir begrüßen die Bemühungen der Türkei, 3 Millionen Flüchtlinge zu beherbergen – mehr als die gesamte EU. Wir weisen aber auch auf die anhaltend schwierige Lage der Flüchtlinge in der Türkei hin, wie z. B. die Herausforderung, fast 1 Mio. Kinder in die Schule zu schicken sowie fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten für viele Flüchtlinge. Wir sind besorgt über die Situation an der Grenze zu Syrien, wo Menschen, die internationalen Schutz benötigen, nicht frei einreisen können und es Berichte über Zurückweisungen von aus Syrien kommenden Menschen gibt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass die EU und die türkischen Behörden auf technischer Ebene die positive Zusammenarbeit bei der Flüchtlingshilfe aufrechterhalten, im Rahmen derer 2,3 Milliarden Euro zugewiesen wurden. Alle Maßnahmen müssen innerhalb der EU getroffen werden, um den Bedürfnissen der Flüchtlinge und der aus der Türkei Vertriebenen gerecht zu werden. Während diese Unterstützung fortgesetzt werden muss, fordern wir ein Ende des EU-Türkei-Abkommens, das gegen das europäische Flüchtlingsrecht verstößt.

9. Angesichts dieser Situation hat die EGP Folgendes beschlossen:

- a. Die EGP setzt sich dafür ein, die zahlreichen türkischen Bürgerinnen und Bürger, AktivistInnen, akademischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Akteure,

einschließlich unserer Mitglieder der dortigen Grünen Partei und Grüner Aktivisten und Organisationen, die sich dagegen wehren, dass sich die Türkei zu einem autoritären Regime entwickelt, sich für eine offene und demokratische Gesellschaft einsetzen und benachteiligten Menschen und Flüchtlingen helfen, zu unterstützen, sie sichtbar zu machen und über sie zu informieren. Als Freunde des türkischen Volkes und eine der etablierten politischen Familien Europas sehen wir es gemeinsam mit der Grünen- / EFA-Fraktion im Europäischen Parlament und den Mitgliedsparteien als unsere Aufgabe an, einen transparenten Austausch und einen offenen Dialog mit den Behörden des türkischen Staates aufrechtzuerhalten, wenn dies möglich und sinnvoll ist.

b. Die EGP weist darauf hin, dass bei allen jüngsten Gesprächen und Kontakten mit der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition die Forderung nach einer sichtbareren und effektiveren Unterstützung der EU-Institutionen hinsichtlich der türkischen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie ausdrücklich geäußert wurde. Zudem wurde eine klare Unterstützung der am 24. November 2016 mit großer Mehrheit beschlossenen Resolution des Europäischen Parlaments gefordert, die die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auffordert, eine vorübergehende Einfrierung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzuleiten.

c. Die EGP betont, dass der politische Dialog fortgesetzt werden muss und uns unsere Partner in der Zivilgesellschaft und der Opposition jetzt mehr denn je brauchen. Für eine demokratische Türkei müssen die Türen der EU offen bleiben. Ein völliges Stoppen des EU-Beitrittsprozesses würde daher das falsche Signal an die Regierung und die Bürgerinnen und Bürger der Türkei senden.

d. Die EGP ist der Auffassung, dass die Annahme eines solchen Vorschlags die EU und ihre Mitgliedstaaten dazu ermutigen könnte, die derzeitige ambivalente und ineffektive Haltung gegenüber den offensichtlichen Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit seitens der türkischen Regierung aufzugeben. Sie betont des Weiteren, dass der politische Dialog der EU mit der Türkei wichtig ist und aufrechterhalten werden muss.

e. Die EGP fordert eine Aussetzung der Gespräche zur Ausweitung der bestehenden Zollunion mit der Türkei, da wir der Meinung sind, dass dies der falsche Zeitpunkt ist, die Geschäftsbeziehungen zu intensivieren, solange solch schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen stattfinden. Die EGP betont, dass die Einführung der Todesstrafe zum Ende der Beitrittsverhandlungen führen muss.

f. Die EGP fordert die Wiedereinsetzung der Immunität der Abgeordneten der HDP, faire Prozesse sowie die Freilassung aller gewählten Politiker aus der Untersuchungshaft.

g. Die EGP bekräftigt, dass die EU ihre derzeitige unzureichende Politik hinsichtlich des Zugangs und der Behandlung von Flüchtlingen in der EU ändern muss. Die EU sollte sich nicht den türkischen Drohungen, den EU-Türkei-Deal platzen zu lassen, beugen, wenn sie ihre Aktionsfreiheit gegenüber der türkischen Regierung zurückgewinnen möchte. Die EGP besteht darauf, dass die Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden, eine starke und gemeinsame EU-Antwort auf die Flüchtlingskrise formulieren und sich an einem ehrgeizigen Umverteilungsplan für Flüchtlinge beteiligen.

h. Die EGP wird der Beschleunigung der bereits beschlossenen Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten nach dem Juncker-Plan 2015 und einer effektiveren direkten EU-Unterstützung derjenigen Länder, Städte und Gemeinden, die derzeit Flüchtlinge aufnehmen, oberste Priorität einräumen.